



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Anregungen und  
Beschwerden**

Frau Dederichs

Telefon: (0221) 26144

Fax : (0221)

E-Mail: [Andrea.Dederichs@stadt-koeln.de](mailto:Andrea.Dederichs@stadt-koeln.de)

Datum: 02.10.2017

**Auszug  
aus der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Anregungen  
und Beschwerden vom 19.09.2017**

**öffentlich**

**4.3 Bürgereingabe gemäß § 24 GO - Gasmotorenfabrik Deutz in Köln-  
Mülheim/-Deutz;  
Az.. 02-1600-22/17  
1370/2017**

Ausschussvorsitzender Herr Thelen, Grüne, erläutert, dass die Bezirksvertretung Mülheim die Bürgereingabe vertagt habe. Er schlägt vor, dass der Ausschuss heute über die Beschlussvorlage beraten soll und einen Beschluss unter Vorbehalt der Zustimmung der Bezirksvertretung Mülheim fasst.

Frau Aymaz, Grüne, spricht sich dagegen aus und weist auf das übliche Verfahren hin.

Herr Schneider, SPD, möchte, dass wie unter TOP 4.5 und 4.6 verfahren wird und spricht sich gegen eine Ungleichbehandlung aus.

Ausschussvorsitzender Herr Thelen, Grüne, weist darauf hin, dass der Petent heute anwesend sei und bittet zumindest um Beratung des Tagesordnungspunktes und Übersendung des Protokolls an die BV 9.

Herr Zimmermann, Gute WG Köln, weist darauf hin, dass es lt. BV 9 eine gleichlautende Petition an das Land NRW gebe und man in Mülheim die Entscheidung des Landes abwarten wolle.

Herr Prof. Dr. Buschmann, Rheinische Industriekultur e.V., erklärt, dass die Petition an das Land darauf abziele, dass das Land gegenüber der Landesinstitution NRW.URBAN eine Aufsichtspflicht wahrnehmen soll. Insofern seien die Petitionen nicht inhaltsgleich.

Ausschussvorsitzender Herr Thelen, Grüne, schlägt vor, die Beschlussvorlage heute zu beraten und eine Entscheidung unter Vorbehalt des Beschlusses der BV 9 zu treffen.

Herr Prof. Dr. Buschmann, Rheinische Industriekultur e.V., stellt die Bürgereingabe anhand einer Präsentation vor. Das betroffene Gebiet liege zwischen dem Deutzer Bahnhof und der Mülheimer Brücke. Es sei so komplex, dass man hier von einer industriellen Kulturlandschaft sprechen könne, die durch eine Denkmalschutzsatzung geschützt werden sollte. Die Gasmotorenfabrik müsse erhalten bleiben, da sie ein wichtiger Teil der Stadtgeschichte sei. Die Eingabe beinhalte den Erlass einer Denkmalbereichssatzung, die Benennung einer Projektsteuerung in der Verwaltung und die Erhaltung der Stätten der Motorenfertigung. Er bittet die Punkte Erlass einer Denkmalbereichssatzung sowie Erhaltung der Stätten der Motorenfertigung (Kleinstmotorenbau, Großmotorenbau und Mittelmotorenbau) mit in einen Beschluss aufzunehmen. Er lobt das Werkstattverfahren als sehr gutes Verfahren, wobei er sich für den Entwurf von ksg architekten (Johannes Kister) ausspricht. Jedoch gebe es in der jetzigen Planung deutliche Abweichungen zur Planung im Werkstattverfahren, z. B. durch die Planung von 3 Hochhäusern für Wohnbebauung. Er kritisiert, dass die Bedenken, die in der Bürgerbeteiligung geäußert wurden, nicht gewürdigt wurden. Daher schlägt er ein Monitoringverfahren vor, in dem Industriedenkmalpfleger und Künstler einbezogen würden, die bereits im Werkstattverfahren hätten einbezogen werden müssen. Er wünscht sich eine lebendige Nutzung aus Büros und nicht störendem Gewerbe, Wohnen, Kunstprojekten, Künstlerateliers und Schule des Areals mit dem Erhalt von möglichst vielen historischen Gebäuden. Die Petition soll an den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses erinnern und diesen konkretisieren.

Frau Müssigmann, Stadtplanungsamt, weist darauf hin, dass die städtische Denkmalpflege im Verfahren beteiligt war. Sie erläutert, dass im Werkstattverfahren zunächst Pläne mit einem Maßstab 1:5000 und 1:2000 vorgestellt wurden und jetzt bei den einzelnen Bebauungsplanverfahren ein Maßstab von 1:1000 ist. Diese Planungen müssen jetzt in den Bebauungsplänen Euroforum Nord, Euroforum West, Deutz-Areal, Lindgens-Areal und Gießerei-Gelände (neu Otto-Langen-Quartier) konkretisiert werden. Sie betont, dass aufgrund des Werkstattverfahrens erreicht werden konnte, dass die schon zum Abriss freigegebene Waggonbauhalle im Euro-Forum Nord erhalten werde. Der Eigentümer des Lindgens Areal sei an dem Erhalt der Hallen interessiert, obwohl diese nicht denkmalgeschützt sind. Die Verwaltung habe viele Anregungen aus den frühzeitigen öffentlichen Bürgerbeteiligungen mitgenommen. Vom Stadtentwicklungsausschuss habe sie den Auftrag erhalten, sich mit dem Erhalt der Hallen auseinanderzusetzen. Daher müssen nun die Möglichkeiten mit NRW.URBAN intensiv diskutiert werden, wobei das Land NRW hier in die Pflicht genommen werden soll. Derzeit befinde sich die Verwaltung in einem sehr intensiven Prüfprozess, in dem u.a. die Anregungen bearbeitet werden. Im Anschluss daran soll der Politik mitgeteilt werden, welche Hallen erhalten werden können. Das Bebauungsplanverfahren sei genau der richtige Ort, um die vielfältigen Anforderungen an die Planung in den politischen Gremien abzustimmen. Frau Müssigmann weist den Vorwurf, dass die Stellungnahmen der Bürger im Werkstattverfahren nicht ernst genommen würden, energisch zurück. Zurzeit würden alle privaten und öffentlichen Belange abgewogen, diesen Auftrag nehme man sehr ernst. In langen Verhandlungen habe die Verwaltung beispielsweise erreicht, dass in der Villa Charlier, einem großartigen Gebäude, welches nicht unter Denkmalschutz stehe, die Kindertagesstätte un-

tergebracht werde. Federführend für das Bebauungsplanverfahren ist das Stadtplanungsamt, wobei die politischen Gremien über die Beschlussvorlagen entscheiden.

Herr Schneider, SPD, bittet die Verwaltung, die Form des Beschlussvorschlags mit dem Dank an die Petenten beizubehalten.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, sichert zu die Fachämter darauf hinzuweisen.

Herr Zimmermann, Gute WG Köln, hat die Verwaltung so verstanden, dass der Dialog mit den Petenten stattfindet, sodass das Verfahren auf einem guten Weg sei. Daher sollte ein Auszug aus der Niederschrift an den Stadtentwicklungsausschuss weitergegeben werden.

Herr Prof. Dr. Buschmann, Rheinische Industriekultur e.V., weist darauf hin, dass auf dem Gelände der ehemaligen Gießerei die östlichen Gebäude für über 20 Millionen Euro verkauft wurden. NRW.URBAN plane einen Neubau und eine Altlastensanierung und erhoffe sich natürlich einen hohen Erlös, dem steht der hohe historische Wert der Gebäude entgegen.

Herr Nigmann, Seniorenvertretung fragt, ob das Museum der Deutz AG in Porz (Technikum) erhalten bleibe.

Herr Prof. Dr. Buschmann, Rheinische Industriekultur e.V., bestätigt, dass das Museum dort gut untergebracht, allerdings schlecht zugänglich sei und es sich anbiete auf dem Gelände der Gasmotorenfabrik Deutz ggf. im Möhring-Bau eine „Außenstelle“ zu etablieren.

Herr Erkelenz, CDU, bedankt sich für die informativen Ausführungen der Verwaltung und fragt, ob es tatsächlich noch Spielraum in Bezug auf den Erhalt der Industriebauwerke gebe.

Herr Horn, Grüne, fragt, warum der Stadtkonservator der Landeskonservatorin gefolgt sei. Weiterhin möchte er wissen, ob der Erhalt der Hallen im Vorfeld von der Verwaltung geprüft worden sei, oder ob bei der Abwägung der Interessen mehr Wert auf die Interessen der Investoren gelegt werde. Weiterhin möchte er wissen, warum eine Denkmalsatzung von der Verwaltung abgelehnt werde. Er richtet die Frage, wie man mit schadstoffbelasteten Industriebauten umgehen könne, an den Petenten.

Frau Domke, FDP, möchte wissen, ob es einen privaten Investor oder einen Plan gebe und, ob dieser eine Wohnbebauung in üblichem Rahmen beinhalte.

Herr Prof. Dr. Buschmann, Rheinische Industriekultur e.V., empfiehlt, dass die Altlasten dort, wo sie entstanden sind, zu isolieren, sodass sie keinen Schaden mehr anrichten können und nicht in der weiteren Umgebung entsorgt werden müssen. NRW.URBAN beabsichtige eine 3 Meter tiefe Auskofferung. Dies sei allerdings der falsche Weg, da dadurch die Gebäude, die erhalten bleiben sollen, gefährdet würden. Eine Wohnnutzung in Verbindung mit der Erhaltung der historischen Substanz werde befürwortet. In Köln gebe es, wie es die Schanzenstraße zeige, einige mit der Erhaltung von Industriebauten erfahrene private Investoren. Einer dieser Investoren interessiere sich auch für dieses Gelände.

Herr Heumann, Die Linke, weist darauf hin, dass in der Verwaltungsvorlage stehe, dass die Denkmalsbereichssatzung zum jetzigen Zeitpunkt der Planung nicht mehr zielführend sei. Vor diesem Hintergrund fragt er, ob das Verfahren noch offen sei oder nicht.

Frau Müssigmann unterstützt die Idee eines Technikmuseums in der Möhring-Halle. Allerdings sei weder die Stadt Köln noch das Land NRW an dem Betrieb/der Investition interessiert. Der Verwaltung sei ebenfalls kein privater Investor bekannt. Die Kleinmotorenfabrik stehe nicht unter Denkmalschutz. Es gebe die Aussage, dass nicht jedes Gebäude unter Denkmalschutz gestellt werden müsse, sondern es würden vielmehr immer Protagonisten mit besonderer Bedeutung unter Denkmalschutz gestellt. Die Entscheidung treffen die Kolleginnen/Kollegen des Denkmalschutzes.

Herr Horn, Grüne, bittet um Begründung des Stadtkonservators und Erlass einer Denkmalsbereichssatzung.

Frau Müssigmann, hebt die Bedeutung der Durchlässigkeit für das Otto-Langen-Quartier hervor. Dort müssen öffentliche Verkehrsflächen, öffentliche Fußwege also insgesamt ein erlebbares Gebiet entstehen. Dies schrecke aber auch manche Investoren ab. Es gebe starke Bodenverunreinigungen, die bei Hochwasser ausgeschwemmt werden könnten, daher müsse wahrscheinlich sieben Meter tief ausgekoffert werden.

Herr Leßle, raum 13 gGmbH, erklärt, dass es sich um einen emotional aufgeladenen Ort und nicht um bloße Architektur handele. Er befürchtet, dass NRW.URBAN aus Sicherheitsgründen Gebäude abreißen lasse. Das Gebiet habe ein großes Entwicklungspotential und werde jetzt schon vom Goethe-Institut für die Umnutzung von Industriekultur in einen Kunst- und Kulturraum gelobt.

Frau Müssigmann stellt klar, dass ein Abbruch genehmigt werden müsse und im Falle eines Antrages genau geprüft werde.

Auf Nachfrage von Frau Gräfin von Wengersky, CDU, ob Bohrungen durchgeführt wurden, um das Ausmaß der Altlasten festzustellen und dann die notwendige Tiefe der Auskoffierung festzulegen, berichtet Frau Müßigmann, dass es Hot Spots mit zahlreichen Verunreinigungen gebe und derzeit abgewogen werde, wie man damit umgehe.

Herr Rossmann bittet, anders als im Ruhrgebiet, mit der Maßgabe der Erhaltung der Gebäude und nicht mit einer Renaturierung an das Thema heranzugehen.

Herr Schneider, SPD, fasst zusammen, dass alle Fraktionen die schützenswerten Gebäude erhalten möchten und keinen Wohnbau und Kita- und Schulbau aufhalten. Der Stadtentwicklungsausschuss soll entsprechend informiert werden. Er kritisiert, dass die Anlage der Petition fehle.

Ausschussvorsitzender Herr Thelen, Grüne, weist darauf hin, dass der Antrag der Petenten nachträglich zugeschickt wurde.

Herr Horn, Grüne, bittet um zusätzliche Auskunft des Stadtkonservators und schließt sich den Ausführungen von Herr Schneider an.

Nach Diskussion lässt Ausschussvorsitzender Herr Thelen, Grüne, über folgendes **Meinungsbild** des Ausschusses abstimmen:

### **Meinungsbild des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden**

1. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe.
2. Die Beschlussvorlage soll dem Ausschuss nach der Beratung in der Bezirksvertretung Mülheim erneut vorgelegt werden.
3. Es sollen mehr Bestandsgebäude außerhalb des Denkmalschutzes erhalten werden.
4. Der Stadtkonservator wird um Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen gebeten.
5. Die Verwaltung soll keine Abrissgenehmigungen erteilen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

